

Staat und Kirche in Württemberg.

Stuttgart, 9. Okt. (United Press.) In Württemberg herrscht ein starker innerer Aufruhr, dessen Ende und Ausgang noch nicht abzusehen ist. Die Anhänger der Bekenntniskirche sprechen von einer planmäßigen Aufwiegelung der Industriearbeiterschaft durch die Deutschen Christen. Als ein Beispiel dafür wird folgender Vorfall angeführt: Als sich in einem württembergischen Dorf das Gerücht verbreitet habe, der Pastor solle verhaftet werden, habe sich die Gemeinde vor dem Pfarrhaus versammelt und Bekenntnislieder gesungen. Die S. A. des Ortes habe sich geweigert, einzugreifen, deshalb hätten die Deutschen Christen aus einem Nachbarort 30 S. A. - Männer geholt, die die Versammlung auseinandergetrieben hätten. In einem anderen Ort wurde ein bekenntniskirchlicher Dekan seines Amtes enthoben und mit Polizeigewalt am Betreten der Kirche gehindert. Der Dekan zog darauf mit über tausend Gemeindemitgliedern in eine andere Kirche, während ein neuereingewählter kommissarischer Pastor vor knapp hundert Zuhörern in der von dem amtsenthobenen Dekan verbotenen Kirche predigte.

In dem Schreiben der theologischen Fakultät von Tübingen an den württembergischen Ministerpräsidenten, das eine rückhaltlose Treueföhrung für den abgesetzten württembergischen Bischof Wurm darstellt, heißt es unter anderem, daß die Maßnahme der Reichskirchenregierung, die auf Herstellung einer absoluten Zentralgewalt in der Kirche gerichtet sei, ganz klar den im Neuen Testament bezeugten Forderungen Jesu Christi widersprechen. Die von der Reichskirchenregierung zur Durchführung ihrer Pläne angewandten Methoden seien in vielen Fällen eine Verletzung der Wahrheit und der Ehre. Sie würden die Gewalt anstelle des Rechtes setzen. Die für die Maßnahme der Reichskirchenregierung verantwortlichen Männer seien durch ihr Handeln so belastet, daß es gegen die ausdrückliche Forderung des neuen Testaments wäre, wenn man sich damit abfinden würde, daß die Föhrung der Kirche in diesen Händen bleibe.